



Bildungsstätte Kita...

... aber kontraproduktive Festlegungen

2

Protest kommt auf die Straße 3

Sozialkonvoi entlang der B 96/96A

Rürup tat, was er sollte

PDS schlägt vor: „Agenda sozial“

Von Petra Pau, Mitglied des Bundestages (PDS)

„Das ist ein großer sozialpolitischer Wurf!“ Mit diesen Worten pries Prof. Rürup sein Werk. Es ist über 300 Seiten dick und soll helfen, die kränkenden Sozialsysteme zu heilen. Die Gesundheitsministerin spendete Lob, der Kanzler zollte Dank. Beide versprachen, möglichst viele Vorschläge der „Rürup-Kommission“ in Gesetze zu gießen.

Das kann heiter werden. Es geht um Renten, es geht um Gesundheit, es geht um Zukunft. Unter dem Strich bedeuten die Rürup-Konzepte: Es soll später, dafür aber weniger Rente geben. Die sozialen Risiken werden privatisiert. Der Sozialstaat flieht und die Unternehmen – laut Grundgesetz sozialverpflichtet – nehmen Reißaus.

Um keine Illusionen zu nähren: Die Sozialsysteme müssen wirklich reformiert und den Bedingungen des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Die Frage ist nur, wie und mit wel-

chem Ziel? Deshalb lohnt sich eine Erinnerung. Die Solidarsysteme, die Kranken-, Renten- und Arbeitslosenkassen, hatten einst folgenden Grundgedanken: Gesunde helfen Kranken, Verdienende helfen Arbeitslosen, Reiche helfen Armen. Derweil zahlen Kranke mehr als Gesunde, Arme mehr als Reiche, abhängig Beschäftigte mehr als viele Unternehmer. Die Solidarität wird entsorgt und mit ihr die Gerechtigkeit.

Also Schimpf und Schande gegen den Professor und die gleichnamige Kommission? „Wir haben das System ausgereizt“, sagte Rürup am Tag seines Triumphes. Er hat Recht, das war sein Auftrag und genau das ist die Crux. Um die Systeme zu retten, wurde das Solidarprinzip geopfert. Wollte man jedoch das Prinzip retten, so hätte man die Sozial-Systeme ändern müssen. Das wäre in der Tat eine Reform gewesen. Genau das aber war nicht gewollt.

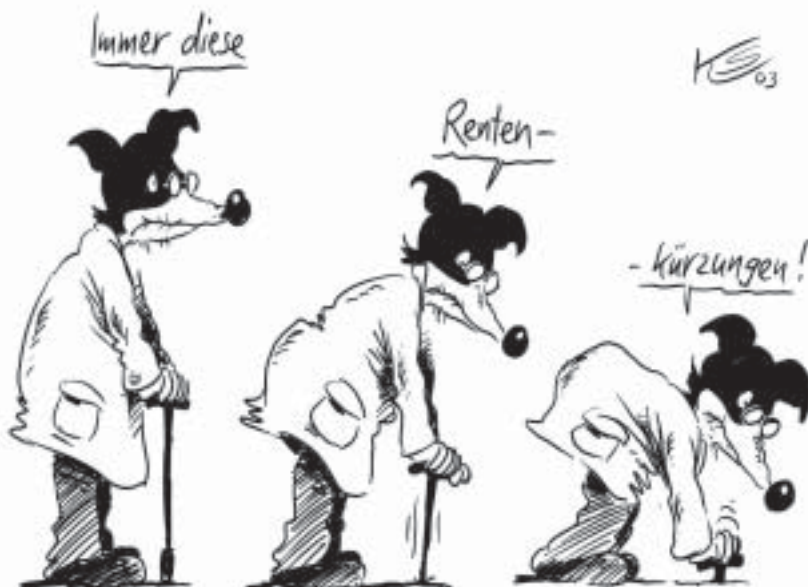
Nun sind „System“ und „Prinzip“ so abstrakte Begriffe, dass fast niemand damit etwas anfangen kann. Man muss es auch nicht. Es reicht ein Blick zurück. Zu Bismarcks Zeiten wurden Arbeitnehmer und Arbeitgeber verpflichtet, für alle Vorsorge zu treffen, die krank werden oder Rente erwarten. Da dies gemeinsam und paritätisch geschah, traf es sich mit dem „Prinzip“, es hatte solidarische Züge.

Und es hatte eine Logik: Unternehmen waren damals deshalb stark, weil viele in ihnen arbeiteten, je mehr, desto größer waren die Gewinne. Heute haben Gewinne immer weniger mit der Zahl der Beschäftigten zu tun. Im Gegenteil. Wird rationalisiert, dann läuft eine Entlassungswelle, dann freut sich die Börse, dann steigen die Kurse und zugleich sinken die fälligen Sozialabgaben in die „Systeme“, eben, weil es weniger Beschäftigte gibt. Das ist ein Grund, warum die Kassen kränkeln und das Solidarprinzip an Schwindsucht leidet.

Deshalb schlägt die PDS seit langem einen Systemwechsel vor. Weg von Arbeitgeberbeiträgen, die sich aus der Lohnsumme errechnen. Hin zu einer Abgabe, aus den Gewinnen gespeist wird. Der zweite Kardinalfehler des „Systems“: Es umfasst nur jene, die eher zu den unteren Einkommensgruppen gehören. Wirklich besser Verdienende, ganze Berufsgruppen, auch Politiker, haben mit den allgemeinen Sozialsystemen nichts zu tun. Auch das ist nicht mehr zeitgerecht.

Die PDS hat als Alternative zur Agenda 2010 des Kanzlers eine „Agenda sozial“ skizziert. Sie wäre ein besserer „sozialpolitischer Wurf“.

Tagesaktuell findet man die PDS im Bundestag unter www.petra-pau.de und www.gesine-loetzsch.de oder www.pds-im-bundestag.de



Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen!

Umsetzung des Tarifvertrages und Kitabeitrags-erhöhungen konterkarieren die Koalitionsvereinbarung

„Der Senat wird die Kitas als Bildungs- und Erziehungseinrichtung weiter entwickeln und die begonnene Qualitätsoffensive fortführen. Kitas sind eigenständige Lebens- und Lernorte für Kinder, in denen die Erziehung in der Familie unterstützt und ergänzt wird. Es sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass jedes Kind möglichst frühzeitig einen Kindergarten besuchen kann und dort verlässliche Rahmenbedingungen vorfindet.“

Die Realität allerdings sieht anders aus!

Erzieher/innen in den „Bildungseinrichtungen“ erhalten ab dem 1. August 2003 nicht nur 10 Prozent weniger Gehalt. Sie erkaufen sich gleichzeitig 10 Prozent weniger Arbeitszeit. Weniger gearbeitet werden darf aber nur auf Antrag, und das ohne ausreichenden Personalausgleich. Während nun alle Angestellten und Arbeiter/innen 37 Stunden in der Woche arbeiten, müssen die Erzieher/innen 38 Stunden arbeiten. Dadurch „sparen“ sie jährlich ca. 25 Tage Zeitguthaben an. Das sind auf das Land Berlin hochgerechnet ca. 800 Stellen, die in den Kitas fehlen werden. Nur 314 Stellen sollen neu besetzt werden.

Kitas sind die erste Stufe des staatlichen Bildungssystems. Alle Bemühungen, die Arbeit in den Kitas qualitativ zu verbessern, sind zu unterstützen. Das Verfassen von „Bildungsplänen“, verteilen von „Sprachkoffern“ und die Entwicklung von Materialien zur Sprachentwicklung der Kinder reicht jedoch nicht aus, wenn in den Kitas durch schlechtere Personalausstattung als bisher die Möglichkeit zur Umsetzung genommen wird.

Die Kitakosten-Erhöpfung setzt dem Ganzen die Krone auf. So werden Krippenkinder in die „billigere“ Tagespflege und Hortkinder auf die Straße gedrängt. Der oft zitierte Vergleich mit Hamburg hinkt. Dort zahlen Eltern mit wenig Einkommen niedrigere Kitabeiträge als in Berlin. Dort werden nicht die Brutto-, sondern die Nettoeinkommen zur Berechnung herangezogen.

Kitas als Bildungseinrichtung, nicht nur als „Lippenbekenntnis“. Dafür setze ich mich ein. Wer die frühkindliche Bildung und Erziehung vernachlässigt, darf sich über Pisa-Studien nicht wundern.

Renate Herranen



2003 – Jahr der Behinderten, auch in Reinickendorf?

Wohl „Nein“, denn die Antwort unserer Bezirksbürgermeisterin, Frau Wanjura (CDU) auf zwei mündliche Anfragen (PDS u. SPD) zu Presseberichten, dass im Bezirk die „Barrierefreiheit“ in Gaststätten bei Inhaber- oder Betreiberwechsel nicht mehr garantiert werden soll, macht die Doppelmoral der CDU-Behindertenspolitik wieder einmal deutlich.

„...schmeckt bei Burger King unten so gut wie oben., ...überzogene Forderungen., ...unter wirtschaftspolitischer Betrachtungsweise nicht zu beanstanden, ...im Bezirk nicht überziehen.“ Nein, sie wolle „nicht im Verdacht stehen, wirtschaftliche

Interessen vor die der Behinderten zu stellen“. Wer wollte das vermuten? Schließlich kann sich unser Bezirk nicht über Bundesrecht stellen, „muss Landes- auf Bundesgesetz zurückgeführt werden.“ Es lebe der Fortschritt! Das im Bund am 27.4.02 geänderte Gaststättengesetz will die Barrierefreiheit nur noch bei Neubauten oder Umnutzung garantieren, andernfalls, so Frau Wanjura, bestehe die Gefahr, „dass der Laden dicht macht“. So kann *fraues* sehen, muss *man* aber nicht.

Bleibt also wirklich nur das Warten auf bessere Zeiten? Es scheint so, oder, Frau Wanjura?

Jürgen Schimrock

BVV- Splitter

19. Sitzung, 27.8.2003

Die BVV überwies den Entwurf des **Bezirkshaushaltsplanes 2004 und 2005** an den Haushaltsausschuss, der inzwischen seine Marathonarbeit begann.

PDS- Bezirksverordnete Renate Herranen ersuchte in einem Dringlichkeitsantrag das Bezirksamt, „im Rat der Bürgermeister sowie im Senat darauf hinzuwirken, dass es bei der Umsetzung des Tarifvertrages zu **keiner Personalabsenkung in den Kitas** kommt“ (s. nebenstehenden Beitrag). Der Antrag wurde an den Jugendhilfeausschuss überwiesen. (Renate Herranen griff das Thema mit einer Großen Anfrage für die 20. Tagung der BVV erneut auf.)

Mit Mehrheit beschloss die BVV nach mehrmonatiger Diskussion im Jugendhilfeausschuss einen PDS-Antrag vom November 2002, der das Bezirksamt ersucht, bis Herbst 2003 ein **bezirkliches Entwicklungskonzept für Kitas** zu erarbeiten.

Der PDS- Antrag zur **Verkehrsbekämpfung in der Namslaustraße** wurde gegen die Stimmen von PDS und B90 abgelehnt (s. S.4).

In einer mündlichen Anfrage wollte die PDS-Verordnete vom Bezirksamt wissen, welche Auswirkungen der Tarifvertrag auf die **Arbeitsfähigkeit des Bezirksamtes** hat, insbesondere der Ämter mit regem Publikumsverkehr. Eine schriftliche Antwort steht aus, da die für die Beantwortung mündlicher Anfragen vorgesehene Stunde nicht reichte. Das gleiche gilt für ihre Frage nach den Anträgen auf Sozialhilfe im Bezirk im 1. Halbjahr 2003. Zur Kenntnis nahm das Bezirksparlament eine Vorlage des Bezirksamtes zu der von FDP, CDU und PDS gemeinsam eingebrachten Drucksache **„Lärm macht krank“** vom April d.J. Bezüglich einiger darin enthaltener Empfehlungen rechnet das BA angesichts der nur knapp zugemessenen Haushaltsmittel „in absehbarer Zeit nicht mit einem Ergebnis zu unserer Zufriedenheit“.

Von sachlicher, verlässlicher Zusammenarbeit weit entfernt, nutzte der CDU- Fraktionsvorsitzende das Plenum der BVV dazu, um Vereinbarungen und Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses zu Fall zu bringen, die dort die Mehrheit, z.T. gar die Zustimmung auch der CDU-Vertreter erhalten hatten. Die nicht vollständige Anwesenheit der anderen Fraktionen kam der CDU allerdings dabei zugute.

K. G.

www.gew-berlin.de/presse/presseerklarungen/2003/pr03-057.htm

www.gew-berlin.de/presse/presseerklarungen/2003/pr03-058.htm

Informationen über die Arbeit der PDS Reinickendorf in der BVV finden Sie unter www.pds-reinickendorf.de

Widerstand kommt auf die Straße

Konvoi von Pankow nach Schildow: Agenda Sozial statt Agenda 2010

Leider (noch) keine Massenveranstaltung, aber zu übersehen war er nicht - der Konvoi für eine soziale Agenda. Von der Auftaktkundgebung in Pankow ging es über Reinickendorf zurück zur B 96 in Richtung Glienicke, Hohen Neuendorf zur Abschlussveranstaltung nach Schildow. Eingeladen hatte der „AK B 96 und B 96a in und bei der PDS“. Beteiligt hatten sich Linksruck, die Gesellschaft zum Schutz für Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM), attac-Projektgruppe Agenda 2010, der Parteivorstand der PDS, der PDS-Landesverband Berlin und die Volkssolidarität. Mit Straßentheater, Rednern und Musik in Schildow war die Mischung gelungen. Doch um Protest wirkungsvoll darzustellen, braucht es halt mehr Menschen. Das Signal aber war richtig. Darüber waren sich alle einig!

Ingeborg Simon für attac:

Noch mehr Umverteilung - nicht mit uns

Mit der Agenda 2010 kommt mehr auf uns zu als Mehrkosten und Einbußen bei der gesundheitlichen Betreuung, den Löhnen, der Arbeitslosenunterstützung und bei der Rente, nämlich die Beerdigung des Solidaritätsgedankens. Ich sage für attac: Dafür stehen wir nicht zur Verfügung.

Die sogenannte Gesundheitsreform soll schon 2004 neun Milliarden Einsparungen erbringen - acht Milliarden davon werden lediglich auf die Versicherten abgewälzt.

Aus der parlamentarischen Landschaft haben wir nichts zu erwarten. Über ihre Fraktionsgrenzen hinweg sind sich Rot-Grün und CDU/CSU einig. Die zwei Einzelabgeordneten der PDS im Bundestag sind da kein Gegengewicht. Wir dürfen uns nicht abfinden damit, dass die Gewerkschaften gerade ihren mit den Kirchen und Sozialverbänden vereinbarten Sozialgipfel abgesagt haben. Wir müssen uns zusammenfinden zur außerparlamentarischen Aktion - Bürgerbewegungen, Gewerkschaften, Kirchen und Interessenverbände. Dafür steht attac zur Verfügung.

Christian Kaever (22) für Linksruck:

Standortlogik ist nicht unsere Logik

Mit der Agenda 2010 werden soziale Rechte und Sicherungen abgebaut, die von vielen Generationen der Arbeiterbewegung erkämpft worden sind. Man sagt uns, das muss sein, damit der Standort Deutschland wettbewerbsfähig wird. Dann würden auch wieder Investitionen in Deutsch-

land getätigt werden statt im Ausland, wo die Leute für weniger Geld arbeiten und weniger soziale Rechte beanspruchen. Das ist nicht unsere Logik. Wir sind dafür, dass arbeitende Menschen auch in den anderen Ländern ordentliche Löhne und fortgeschrittene soziale Standards erreichen. Dafür müssen wir uns mit allen denen vernetzen, die hier und in den anderen Ländern für dieses Anliegen eintreten. Diese Vernetzung beginnt damit, dass wir im eigenen Lande Widerstand leisten gegen Sozial- und Demokratieabbau.

Ernst-Otto Christalle für GBM Pankow: Absenkung auf Ostniveau?

Die Agenda 2010 ist unsozial und nicht akzeptabel. Wer sich seinen eigenen Verstand bewahrt hat und um eigenständige Urteile über Gott und die Welt ringt, erhält Stoff zum Streit mit einer deutschen Gesellschaft, von der Innenminister Schily sagte, in ihr schreite die Verblödung fort. Das war aber schon, bevor Frau Merkel vorschlug, die Arbeitszeit der Wessis der der Osis anzugleichen. Die Forderung ist nur geeignet, die Massenarbeitslosigkeit zu verfestigen und die Kaufkraft weiter zu senken.

Das Gesetz zur sogenannten Reform des Gesundheitswesens manifestiert den Verlust von gesellschaftlicher Solidarität, sozialem Bewusstsein und minimaler Gerechtigkeit. Pro Kopf der Bevölkerung bedeutet es eine jährliche Mehrbelastung von 600 Euro, und im Bundestag klatschen rosarot, grün und schwarz vereint Beifall. Wer sich seiner Haut nicht wehrt, dem wird sie abgezogen. Wehren wir uns also.

Reinickendorf, Gorkistraße, in der Fußgängerzone. Die erste(?), also historische (!), Demo in der CDU-Hochburg. Ja, da guckten so manche. Ab 11.00 Uhr Info-Stand, dann um 13.00 Uhr der erste öffentliche Auftritt der „Pepperonis“. Eine Kabarett-Theater-Gruppe aus Lichtenberg thematisierte u. a. Vorschläge, wie die „Reform“-Politik der Bundesregierung wirksam umgesetzt werden könnte. So sollte beispielsweise eine Trauung unter der Voraussetzung stattfinden, dass neben der Geburtsurkunde auch ein Schreiben eines Zahnarztes vorzulegen sei, das nachweist, dass die zukünftigen Eheleute sich im Alter ein Gebiss teilen können. Sie morgens, er abends. Oder umgekehrt.



Foto: Schimrock

Für diesen oder andere Arztbesuche könnten zukünftig in Quizsendungen Freikarten verlost werden. Ich meine, das wäre der Grundzug wirklicher Chancengleichheit, oder?

Natürlich gab es Diskussionen am Rande unseres Info-Standes, das soll auch so sein. Fazit: Mehr Präsenz heißt mehr informieren. Dies tat für die PDS Karin Hopfmann.

Anschließend ging weiter Richtung Norden zurück zur B 96 und nach Glienicke in Oberhavel.

Beim Abschluss in Schildow hätte doch mindestens das Trio „Neues Glas aus alten Scherben“ ein größeres Publikum verdient. In zum Teil personeller Tradition von Rio Reisers Band „Ton, Steine, Scherben“ gaben die drei Musiker ihr Akustik-Programm zum Besten... und das vom Feinsten. Lieder zum Nachdenken und Mutmachen, einige zum Mitsingen. Mit dabei waren auch die Oranienburger Rentnerspatzen, Erika und noch einmal die Pepperonis.

Jürgen Schimrock

www.pds-online.de/Politik/Agenda_sozial

www.projektgruppe-agenda2010.de

Was bleibt von einer aufregenden Reise

Erlebnis Kuba

Reinickendorfer Schüler mit einem Ausflug eigener Art

16 Schüler und zwei Lehrerinnen des Friedrich-Engels-Gymnasiums Reinickendorf waren im vergangenen Mai für 14 Tage auf Kuba. Nicht als Touristen. Sie wollten das Land pur erleben, den Menschen unmittelbar begegnen, den Alltag erfahren. Es ist ihnen gelungen, soweit es die Kürze der Zeit erlaubte.

In einer landwirtschaftlichen Kooperative nahe der Hauptstadt Havanna sind sie über die fruchtbare rote Erde gerobbt und haben auf Feldern mit Süßkartoffeln und Gurken Unkraut gejätet, vormittags, wenn die Hitze noch erträglich war. Sie haben eine Sport-

schule besucht und eine medizinische Ausbildungsstätte, in der auch Studenten aus Ländern der dritten Welt unterrichtet werden. Eine solidarische Leistung des kleinen Landes, das für die hohe Qualität seiner ärztlichen Ausbildung geschätzt wird. Und natürlich waren sie in verschiedenen Schulen. Wohin sie auch kamen, überall wurden

sie mit außerordentlicher Herzlichkeit und Wärme begrüßt. Sie konnten freimütig sprechen und erfuhren so auch von den Problemen und Sorgen. Es mangelt an vielem, Medikamente

sind knapp und nicht immer kann ärztliche Kunst diesen Mangel ausgleichen, Grundnahrungsmittel sind rationalisiert und Stromausfälle an der Tagesordnung. Die Kubaner kennen die Gründe, viele jedenfalls, und richten sich ein in ihrer Peso-Welt. Nur jene, die von Verwandten, Exilkubanern aus Miami Dollars erhalten, sind besser dran.

Fleisch ist Luxus, dennoch haben die Gäste jeden Tag ein Fleischgericht bekommen. Diese großzügige Gastfreundschaft hat die jungen Berliner beschämt und gerührt. Und neben der üppigen Vegetation, den heftigen täglichen Regengüssen wird ihnen diese Herzlichkeit immer im Gedächtnis bleiben.

Diese Reise ist ihnen nicht in den Schoß gefallen. Sie haben dafür gearbeitet und gespart, auf Schulfesten und Basaren haben sie Geld gesammelt und Schulmaterialien gekauft. Schließlich wollten sie nicht mit leeren Händen kommen. Als Leistungskurs für Spanisch mit Schwerpunkt Lateinamerika fanden sie über Cuba si Kontakte zu Acpa, einer kubanischen Organisation, die tropentaugliche Kühe züchtet, wohnten während ihres Aufenthaltes zu sehr günstigen Bedingungen im Internat der Assoziation.

Es war übrigens die zweite Reise, schon 2001 waren Schüler des Friedrich-Engels-Gymnasiums auf Kuba. Jetzt ist eine Partnerschaft mit der Oberschule „Raquel Perez“ in Arbeit. Sabine Arnicke, Lehrerin des Spanisch-Leistungskurses, hofft, dass es gelingt. Im Interesse ihrer künftigen Schüler.

Elfriede Schroth

Am Rande

„Zukunft beginnt heute“

... schrieb unsere Bürgermeisterin vor fünf Jahren der Initiative Reinickendorf e.V. ins Stammbuch. Der Verein wollte und will „den Wohn-, Wirtschafts- und Immobilienstandort Reinickendorf vermarkten“, so sein jetziger Vorstandsvorsitzender Michael Richter. Im Leporello des Vereins, das im Rathaus ausliegt, begrüßt der Regierende Bürgermeister von Berlin das Anliegen. Einen Haken hat die Sache: Nicht Klaus Wowerit kommt zu Wort, nein, der Vergangene, Abgewählte, dessen politische Garde Berlin in den finanziellen Notstand getrieben hat. Ich bin ja nicht für Bilderstürmerei, aber ob der Verein mit DEM noch Staat machen, Investoren anlocken, Zukunft gestalten kann, wage ich zu bezweifeln. Politische Blindheit oder Schlamperei- der Effekt bleibt dergleiche.

F.W.

„Verquerte“ Logik

Es war einmal ein Antrag der PDS in der BVV, angeregt von Betroffenen, zur Verkehrsberuhigung in der Namslaustraße in Tegel. Drei Kitas und eine Grundschule gibt es dort. Und die Sorge, dass Kinder unmittelbar nach Verlassen der entsprechenden Grundstücke auf die Fahrbahn gelangen könnten, die von Autofahrern gern als „Schleichweg“ alternativ zur Bernauer Straße genutzt wird.

Schutzgitter? Ist nicht, antwortete die Straßenverkehrsbehörde; sie würden „eine Querung an dieser Örtlichkeit verhindern“ (eben!) und „den bisherigen straßenverkehrsbehördlichen Maßnahmen zur Schulsicherung entgegenstehen“. Und außerdem unterliegen die Kinder ja einer ständigen Betreuung erwachsener Personen. Von dieser Logik beeindruckt, lehnte die BVV den PDS-Antrag ab.

A.B.

Termine

Petra Pau, MdB, spricht am **Montag, dem 22. September, um 19.00 Uhr** im „Roten Laden“ zum Thema **„Wird Deutschland am Hindukusch und am Euphrat verteidigt?“** Die Berliner Politikerin diskutiert mit Ihnen über die Außen- und Sicherheitspolitik der rot-grünen Bundesregierung. Die PDS begeht den „Tag der deutschen Einheit“ traditionell mit einem **„Einheitsmarkt“**. Treffpunkt: **3. Oktober von 11- 20.00 Uhr** auf dem Schloßplatz (Mitte).



Kubanische Schüler
Foto: Bert Zatloukal

Impressum
Herausgegeben vom Bezirksvorstand der PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Klaus Rathmann.

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden sind ausdrücklich erwünscht: PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel.

Öffnungszeiten:
Mo - Fr 15.00 bis 18.00 Uhr
Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632

e-mail:
info@pds-reinickendorf.de
internet:
www.pds-reinickendorf.de